

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نیاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Sophia Boddenberg, Santiago de Chile
22.12.2019

Aufbruch in Chile

Am 17. Dezember 1969 wurde die Unidad Popular gegründet. Fünfzig Jahre später kämpfen die Chilenen erneut für ein gerechteres Land



Rodrigo Abd/AP Photo/REUTERS

Größte Demonstration in der Geschichte des Landes – am 25. Oktober 2019 demonstrierten mehr als 1,2 Millionen Chilenen in Santiago gegen die Regierung unter Sebastián Piñera

Sophia Boddenberg ist freie Journalistin.

»El Derecho de Vivir en Paz« (das Recht, in Frieden zu leben), singen Hunderte Menschen auf der Plaza Yungay im Zentrum von Chiles Hauptstadt Santiago, begleitet von einem Orchester. Das Lied stammt von Víctor Jara, dem Sänger und Musiker, der Anfang der 1970er Jahre durch seine progressive Musik bekannt wurde, die von sozialer

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Ungerechtigkeit und Revolution handelt. Kurz nach dem Militärputsch 1973 wurde er von Soldaten ermordet. »Wir haben dieses Orchester gegründet, um die Musik von Víctor Jara an alle Orte in Chile zu bringen, die Teil der sozialen Bewegung sind«, sagt Carmen Prieto vom »Víctor Jara Sinfónico«. »Die Musik ist die Seele und die Stimme eines Volkes. Als Victor Jara sich auf dem Höhepunkt seiner Karriere befand, erlebte Chile eine Zeit der Hoffnung und des Umbruchs. Nach Jahren des Missbrauchs und der Ungerechtigkeit ist Chile jetzt wieder explodiert. Und das erste, was uns in den Sinn kam, war Víctor Jara.«

Zwei Monate sind vergangen seit dem 18. Oktober 2019, als sich an der Erhöhung der U-Bahn-Fahrpreise ein landesweiter Aufstand gegen die soziale Ungleichheit und das neoliberale Wirtschaftssystem in Chile entzündete. 50 Jahre sind vergangen seit dem 17. Dezember 1969, als die Unidad Popular (UP) gegründet wurde, ein Wahlbündnis linker Parteien und Gruppierungen. Am 4. September 1970 wurde die UP bei den Parlamentswahlen zur stärksten Kraft, am 24. Oktober wurde ihr Kandidat Salvador Allende zum ersten demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten Chiles.

Grundlegende Reformen

»Wir waren so froh, als Allende die Wahlen gewann. Er war der Präsident des Volkes«, erinnert sich die 68jährige Claudia Gómez. Sie lebt in La Pintana, einem der ärmsten Stadtviertel Santiagos. »Es gab Arbeit und Essen für die Armen, die Bildung war kostenlos.« Allende führte grundlegende soziale Reformen durch, die vor allem den ärmeren Schichten der Bevölkerung zugutekamen. Schlüsselindustrien wie die Textil- und die Kupferindustrie wurden verstaatlicht, die Rechte der Arbeiter und der Landbevölkerung wurden verstärkt. Das Gesundheitswesen wurde reformiert und die medizinische Versorgung für Arme garantiert. Kostenlose Milch wurde für alle Kinder bereitgestellt.

»Aber sie haben ihn nicht machen lassen. Die Reichen haben die Lebensmittel versteckt, und bald mussten wir Schlange stehen für ein Kilo Zucker. Reisen war gefährlich, weil die Bus- und Lastwagenfahrer gestreikt haben«, erinnert sich Gómez. Mittlerweile ist nachgewiesen, dass US-amerikanische Geheimdienste 1972 die Gewerkschaften der Lastwagenfahrer bezahlten, damit die in den Streik traten und so das Land destabilisierten. Und nicht nur das, US-Gelder flossen außerdem in chilenische Medienunternehmen wie die konservative Zeitung *El Mercurio*, die gegen die Regierung der Unidad Popular hetzte, und in faschistische paramilitärische Gruppen wie »Patria y Libertad«. So wurden die

Voraussetzungen für den Militärputsch geschaffen. Am Morgen des 11. September 1973 bombardierte die chilenische Luftwaffe den Regierungspalast La Moneda, den Amtssitz Allendes.

»Ich glaube an Chile und sein Schicksal. Es werden andere Chilenen kommen. In diesen düsteren und bitteren Augenblicken, in denen sich der Verrat durchsetzt, sollt ihr wissen, dass sich früher oder später, sehr bald, erneut die großen Straßen auftun werden, auf denen der würdige Mensch dem Aufbau einer besseren Gesellschaft entgegengeht«, sagte Allende in seiner letzten Rede. Offiziell beging er Selbstmord, viele glauben jedoch, dass er ermordet wurde. Anschließend übernahm das Militär unter General Augusto Pinochet die Macht. Während der Militärdiktatur von 1973 bis 1990 wurden Tausende Regimegegner inhaftiert, brutal gefoltert und ermordet. Das Fußballstadion Estadio Nacional wurde zu einem Konzentrationslager umfunktioniert. Dort wurde auch Víctor Jara am 16. September 1973 mit mindestens 44 Schüssen ermordet.

»Alles, was wir während der Zeit der Unidad Popular gewonnen hatten, wurde durch die Diktatur zerstört«, sagt die 72jährige Lucía Sepúlveda. Sie war damals Mitglied des Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR, Bewegung der revolutionären Linken). Die MIR war zwar auch nach der Wahl Allendes dem Staat gegenüber kritisch eingestellt und trat der UP nicht bei, unterstützte aber den revolutionären Prozess und war während der Militärdiktatur eine der wichtigsten linken Organisationen, die bewaffneten Widerstand leistete. Besonders viele Aktivistinnen und Aktivisten der MIR wurden festgenommen und ermordet. Auch Sepúlvedas Partner Augusto Carmona wurde getötet. »Alles, was Allende verstaatlicht hatte, wurde während der Diktatur privatisiert: Das Bildungs-, Renten- und Gesundheitssystem, die Wasser- und Stromversorgung sowie die Industrieunternehmen. Das neoliberale Modell wurde installiert«, erinnert sich Sepúlveda.

Labor des Neoliberalismus

Die sogenannten Chicago Boys, eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, die an der University of Chicago die Lehren von Milton Friedman und Friedrich August von Hayek studierten, stießen wirtschaftsliberale »Reformen« in Chile an. Aufgrund der politischen Rahmenbedingungen der Diktatur war mit Widerstand seitens der Bevölkerung kaum zu rechnen. Viele nennen Chile deshalb auch das »Labor des Neoliberalismus«. Die kanadische Schriftstellerin Naomi Klein spricht von der »Schockstrategie«, die dort

erstmalig Anwendung fand. Demnach sei der Schockzustand der chilenischen Bevölkerung während der Militärdiktatur ausgenutzt worden, um den neoliberalen Umbau durchzuführen.

Zu den umgesetzten Maßnahmen zählte auch eine Rentenreform, die 1980 das staatliche Rentenversicherungssystem auf ein Kapitaldeckungsverfahren umstellte. Es wurden private Rentenfonds gegründet, die sogenannten Administradoras de Fondos de Pensiones (AFP). Eine staatliche Rentenversicherung gibt es seitdem nicht mehr, lediglich die Pensión Básica Solidaria, eine Mindestrente, die zwischen 110 und 230 Euro liegt. Wer diese Rente erhält, lebt entweder bei den Kindern oder auf der Straße. Dementsprechend hoch ist die Selbstmordrate bei über 80jährigen in Chile. Sie ist die höchste im Vergleich zu allen anderen Altersgruppen.

Während der Diktatur wurde nicht nur das Rentenversicherungssystem privatisiert, sondern auch das Bildungs- und das Gesundheitssystem sowie die Strom- und Wasserversorgung. Seitdem kostet die Inanspruchnahme aller Grundrechte Geld. Die Lebenshaltungskosten sind fast so hoch wie in Europa, aber die Löhne viel niedriger. Die Hälfte der Chilenen verdient weniger als 500 Euro im Monat, wie eine Studie der Fundación Sol vom Dezember 2017 belegt. Allein für den Weg zur Arbeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln geben die Menschen durchschnittlich 20 Prozent ihres Einkommens aus. Um die hohen Lebenshaltungskosten abzudecken, sind viele gezwungen, sich Geld zu leihen. 80 Prozent der über 18jährigen sind verschuldet. Chile ist der OECD-Staat mit der größten sozialen Ungleichheit. In den Händen von einem Prozent der Bevölkerung konzentriert sich ein Drittel des Reichtums.

Die Erhöhung der U-Bahn-Preise, die den Aufstand am 18. Oktober 2019 auslöste, war der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. »Es geht nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre Machtmissbrauch«, sagte Catalina Magaña von der Studentenkönföderation Confech an jenem Tag bei einem Protest vor dem Regierungspalast La Moneda und meinte damit die Politik der Regierungen nach dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1990. Die »Concertación«, ein Mitte-links-Bündnis, das von 1990 bis 2013 regierte, habe das neoliberale Modell aus der Zeit der Diktatur lediglich verwaltet, aber nicht verändert. »Wir haben genug von den miserablen Renten, von den hohen Wasserpreisen und den hohen Studiengebühren. Wir haben genug davon, dass wir uns verschulden müssen, um zu überleben. Dies Land steht vor dem Kollaps, alles ist

privatisiert, und die Privilegien haben einige wenige. Es ist Zeit, dass die Regierung uns endlich hört.«

Viele Menschen haben das Vertrauen in die politischen Parteien verloren. »Das ist der Unterschied zwischen dem Prozess der Unidad Popular und der Bewegung, die wir heute erleben. Es gibt heute keine politische Partei, die das Volk repräsentiert«, meint Lucía Sepúlveda. »Damals waren die Arbeiterklasse und die Landbevölkerung die entscheidenden Akteure. Heute sind es die Jugendlichen, die nichts mehr zu verlieren haben.« Zu Beginn der 1970er Jahre spielte die Industriearbeit noch eine entscheidende Rolle, viele Arbeiterinnen und Arbeiter waren gewerkschaftlich organisiert. Da die Gewerkschaften während der Militärdiktatur weitgehend zerschlagen wurden, spielen sie heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Zu der Gruppe Unidad Social, in der sich soziale Organisationen und Gewerkschaften vereinen, gehören unter anderem die Zentralgewerkschaft Central Unitaria de Trabajadores (CUT), die Lehrgewerkschaft, die Gewerkschaft der Hafentarbeiter und die Gewerkschaft der Arbeiter aus dem Gesundheitssektor. Aber nur 15 Prozent der Chileninnen und Chilenen sind Mitglied einer Gewerkschaft.

»In den vergangenen Jahren haben vor allem die sozialen Organisationen in den verschiedenen Gebieten, die durch den Extraktivismus zerstört werden, an Zulauf gewonnen« sagt Sepúlveda und meint damit die Ausbeutung und den Export von Rohstoffen. Die wichtigsten Wirtschaftszweige in Chile sind mittlerweile der Bergbau und die Agrarindustrie, die vollständig auf den Export ausgerichtet sind. Ausgeführt werden beispielsweise Lithium für die Batterien von Elektroautos, Lachs, Avocados, Wein und Zellulose. Der Lithiumabbau verursacht Wasserknappheit in der Atacama-Wüste, die Lachszucht verunreinigt die Meere mit Antibiotika, der Avocadoanbau benötigt ebenfalls Unmengen an Wasser, und die Holzindustrie verstärkt Landkonflikte mit den indigenen Mapuche im Süden des Landes. »Akteure, die heute eine wichtige Rolle spielen und während der Zeit der Unidad Popular kaum präsent waren, sind die indigenen Völker und die Frauen. Der Feminismus gibt der Bewegung von heute eine neue Kraft«, sagt Sepúlveda.



Sven Simon/picture-alliance

Salvador Allende, der sozialistische Präsident Chiles, am 11. September 1973 von rechten Militärs mit Unterstützung der USA ermordet, bei einer Massenkundgebung in Santiago (15.8.1972)

»Hier geht die Diktatur weiter«

Anfang Dezember trafen sich mehr als 10.000 schwarzgekleidete Frauen vor dem Estadio Nacional in Chiles Hauptstadt Santiago und zeigten mit ausgestrecktem Arm und Zeigefinger auf ihre Zuschauer, während sie riefen: »El violador eres tu!« (Der Vergewaltiger bist Du!) Es ist die bisher größte Aufführung der Protesthymne »Un violador en tu camino« (Ein Vergewaltiger auf deinem Weg), die sich innerhalb der letzten Wochen in der ganzen Welt verbreitet hat. Buenos Aires, Mexiko-Stadt, Berlin, Paris und New York sind nur einige der Städte, in denen Frauen mit der feministischen Performance aus Chile auf Vergewaltigungen, Frauenmorde und Machtmissbrauch durch den Staat aufmerksam machen wollen.

Viele der Frauen, die in Santiago an der Aufführung teilnehmen, haben die Militärdiktatur miterlebt und erinnern sich noch daran, dass in dem Fußballstadion Regimegegner gefoltert und getötet wurden. So auch die 61jährige Norma Villaroel, die mit ihrer Tochter dabei ist. »Wir Frauen müssen dieses Land verändern. Wir wollen nicht mehr unter der Ordnung der Männer leben. Während der Diktatur wurden Frauen gefoltert und vergewaltigt, und heute geschieht das immer noch. Hier geht die Diktatur weiter«, sagt sie.

Auch heute gibt es zahlreiche Menschenrechtsverletzungen in Chile. Dass Präsident Sebastián Piñera am 19. Oktober den Ausnahmezustand ausrief und Soldaten auf die Straße schickte, haben die Menschen ihm nicht verziehen. Viele fühlten sich an die

Militärdiktatur erinnert. Seit dem 18. Oktober wurden nach Information des Nationalen Instituts für Menschenrechte 3.461 Menschen durch Polizisten und Sicherheitskräfte verletzt, davon haben 357 Augenverletzungen erlitten. 194 Personen wurden durch staatliche Akteure sexuell misshandelt, und 9.308 wurden festgenommen. Aufgrund der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen fordern viele Chilenen den Rücktritt der Regierung. Piñeras Umfragewerte sind mittlerweile auf unter fünf Prozent gesunken. »Piñera Asesino« (Piñera ist ein Mörder) kann man heute überall in Santiago an den Wänden sehen.

»El Estado opresor es un macho violador«, heißt es in der feministischen Performance (Der Unterdrückerstaat ist ein Macho, der vergewaltigt). »Die Revolution, die wir in Chile erleben, stellt die Machtstrukturen in Frage, und eine davon ist das Patriarchat. Es gibt eine globale Krise, und das hier ist erst der Anfang«, sagt Francisca Echeverría, die an der feministischen Performance teilnimmt. Ihre Freundin Ignacia Navarrete fügt hinzu: »Kapitalismus und Patriarchat gibt es überall. Alle Staaten sind Machos, die vergewaltigen. Das vereint uns Frauen auf der ganzen Welt.«

Seit der Rückkehr zur Demokratie 1990 hat es immer wieder Proteste gegen die Privatisierungen gegeben, die sich zu sozialen Bewegungen entwickelt haben. Zum Beispiel gibt es eine Bewegung gegen die privaten Rentenfonds »No más AFP« und eine Bewegung gegen die Privatisierung der Wasserversorgung »Movimiento por el Agua y los Territorios«. Die Schülerproteste von 2006, auch die »Revolution der Pinguine« genannt, wegen der blauweißen Schuluniformen, setzten die Forderung nach einer Reform des Bildungssystems auf die politische Agenda und führten zu einer Krise der Regierung von Michelle Bachelet. 2011 kam es erneut zu Protesten, diesmal angeführt von Schülern und Studenten. Sie forderten, Bildung solle kein Konsumgut sein, sondern ein soziales Recht. Zahlreiche politische Anführer gingen aus der Bewegung hervor, von denen manche heute Mitglieder des Parlaments sind, wie zum Beispiel Camila Vallejo.

Generationenbündnis

»Die Generationen, die 2006 und 2011 an den Schüler- und Studierendenprotesten teilgenommen haben, spielen eine wichtige Rolle bei den aktuellen Protesten. 2006 waren sie Schüler und haben das Schulsystem in Frage gestellt, 2011 waren sie Studenten und mussten sich verschulden, um die Universität besuchen zu können. Jetzt sind sie im

Berufsleben und erleben die prekären Arbeitsbedingungen und die unsichere Zukunft. Sie sind politisch gebildet und sind nicht bereit, oberflächliche Lösungsvorschläge der Regierung zu akzeptieren«, erklärt Octavio Avendaño, Politikwissenschaftler der Universidad de Chile. »Jetzt sehen wir, wie diese Generation sich mit der neuen Generation von Schülern und Studierenden zusammenschließt, die die Verwahrlosung des öffentlichen Bildungssystems erleben. Gleichzeitig verbünden sie sich mit den älteren Generationen, die die Militärdiktatur miterlebt haben. Deswegen hat diese Bewegung die gesamte Gesellschaft erfasst und hinterfragt das Wirtschaftsmodell und die Verfassung.«

Die aktuell in Chile gültige Verfassung stammt aus dem Jahr 1980, aus Zeiten der Pinochet-Diktatur. Sie bildet die Grundlage des neoliberalen Wirtschaftsmodells, da in ihr die Rolle des Staats auf ein Minimum reduziert und wirtschaftlichen Interessen vor sozialen Grundrechten Vorrang eingeräumt wird. Ausgearbeitet wurde sie von Jaime Guzmán, einem der wichtigsten Berater von Augusto Pinochet.

In den letzten Wochen hat sich deshalb immer stärker die Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung in der Bevölkerung etabliert. In vielen Stadtvierteln haben sich sogenannte Cabildos oder Asambleas gegründet. Es handelt sich dabei um Bürgerversammlungen oder Nachbarschaftsvereinigungen, in denen Themen besprochen werden, die die Menschen beschäftigen und die sich durch eine neue Verfassung verändern sollten. Die Regierung hat sich zwar am 15. November mit der Opposition auf ein Abkommen zur Erarbeitung einer neuen Verfassung geeinigt, aber viele Menschen sind damit nicht einverstanden. Sie wollen selbst über den verfassunggebenden Prozess entscheiden und ihn aktiv mitgestalten.

»Die gleichen Politiker, wegen denen wir auf die Straße gegangen sind, wollen jetzt den verfassunggebenden Prozess anführen. Wie sollen wir ihnen vertrauen?« sagt die 28jährige Claudia Sepúlveda. Sie nimmt an der Nachbarschaftsversammlung Asamblea Autoconvocada del Barrio Yungay teil. Dort treffen sich dreimal in der Woche circa 300 Personen und diskutieren über die Probleme, die es im Land gibt, über das Vorgehen der Regierung und den Weg zu einer neuen Verfassung. Sie organisieren Protest- und Informationsveranstaltungen, Ollas comunes (gemeinschaftliche Mittag- oder Abendessen) sowie Cacerolazos (eine Protestaktion aus den Zeiten der Wirtschaftskrise Ende der 1990er Jahre, bei der mit Kochtöpfen Lärm gemacht wird).

Eine neue Hoffnung

Den verfassunggebenden Prozess müssten die Nachbarschaftsversammlungen anführen, meint Claudia Sepúlveda. »Wenn die Diktatur etwas zerstört hat, dann sind es die sozialen Bindungen. Sich mit den Nachbarn zu treffen, miteinander zu reden und einander zu vertrauen ist wie eine interne Revolution«, sagt sie. Als 14jährige nahm sie an den Schülerprotesten im Jahr 2006 teil. »Wir besetzen jetzt nicht mehr die Schulen, sondern die Straßen. Wir erleben ein ganz neues Gefühl, eine tiefsitzende Wut, aber gleichzeitig eine neue Hoffnung. Eine Hoffnung auf ein besseres Leben.«

Auch die 72jährige Lucía Sepúlveda meint, dass die Nachbarschaftsversammlungen die Basis des verfassunggebenden Prozesses sein sollten. »Wir hätten nie gedacht, dass die Protestbewegung so lange anhalten würde. Was die Menschen weiterkämpfen lässt, ist die Hoffnung. Heute wie damals während der Unidad Popular haben wir die Hoffnung, dass wir etwas verändern können«, sagt sie.